





(Die Auslieferung Hindenburgs und Ludendorffs veranlaßt.) Der Pariser „Temp“ meldet, wie aus Zürich berichtet wird, daß die Auslieferung des Marschalls Hindenburg und Generals Ludendorff von den Alliierten beschlossen worden ist, wegen der Verbrechen, die beim Rückzug der deutschen Wehrmacht und ohne strategische Notwendigkeit von dem deutschen Generalstab angeordnet worden seien. Für diese Verbrechen allein habe Deutschland jetzt 17 Milliarden Mark Schadenersatz zu leisten. Die Anklage gegen den Kaiser werde nicht wegen der Mordtat, sondern wegen der Urnebersicht am Stricke gehängt.

(Zur Rückbeförderung unserer Kriegsgefangenen aus Frankreich.) Im Saargebiet und in der Rheinpfalz sind weitere Züge mit deutschen Kriegsgefangenen angekommen. 8000 Gefangene und Kranke, die in der Pfalz und im Saarbecken beheimatet sind, sind bisher eingetroffen. Die Züge werden im Laufe der beiden nächsten Wochen auch solche Gefangene einschleusen, die im Rheinland, und besonders in der Gegend von Mainz und Worms beheimatet sind. Die im Saarbecken eingetroffenen Gefangenen seien aus, daß sie in der letzten Zeit bei den Franzosen eine bevorzugte Behandlung gegenüber den anderen deutschen Kriegsgefangenen genossen hätten.

(Neue Bedingungen für die Rückgabe der Kriegsgefangenen?) Aus Basel wird gemeldet: In der Rückgabe der deutschen Weisungen hört man, daß Frankreich an die Rückführung eine Bedingung geknüpft haben soll, die für Deutschland schlechterdings nicht erfüllbar ist, und daß man in der deutschen Delegation in Versailles hofft, daß Frankreich von dieser Forderung absehen werde. Es soll sich um eine gewisse, einige Hundert nicht übersteigende Anzahl von französischen Kriegsgefangenen handeln, die sich noch in Deutschland befinden sollen. Der Aufenthalt aber der deutschen Regierung selbst unzulässig ist und deren Rückgabe Frankreich fordert. Dieses ungenügsame Verdict, das mit einer weiteren Zurückhaltung unserer Kriegsgefangenen droht, ist bisher nicht bestritten worden.

## Aus Nah und Fern.

Lichtenstein, 8. Juli 1919.

— **Städtevereinigung.** Durch Annahme des Ortsgesetzes über die Vereinigung von Lichtenstein und Callenberg am 1. Januar 1920, die gestern Abend in den Sitzungen beider städtischer Kollegien erfolgte, ist die Einverleibung nun endgültig beschlossen. An der ministeriellen Zustimmung hierzu darf wohl nicht gezweifelt werden.

— **Bernfung.** Der am Callenberger Lehrerinnen-Seminar tätige Herr Musikdirektor Saalhel ist als erster Musiklehrer an das Seminar in Auerbach berufen worden.

— **Schiedsgericht und Streit.** Unter Teilnahme der bergmännischen Vereine Zwischau-ergau-Delesnig, des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes und des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands tagte am Sonnabend in Zwischau das von der Regierung einberufene Schiedsgericht zur Beilegung des Schiedsgerichts im sächsischen Zwickau-Kohlenrevier. Zwischen den Betriebsleitern u. den Arbeiterverbänden wurde über den Hauptstreitpunkt eine Einigung erzielt. Es werden mit Wirkung vom 1. Juli die Schichtlöhne um 70 Prozent erhöht. Auf die Bedingnisse erfolgen 40 Prozent Zuschlag für die

Arbeiter und 20 Prozent für die Tagelöhner. Ueber eine Entschädigung für den Juni wurde ein Schiedsgericht gewählt, wonach den Arbeitergruppen für die geleistete Schicht 50, 75 und 100 Pfg. nachgeschickt werden. Der Unternehmerverband und die beiden Bergarbeiterorganisationen gaben ihre Zustimmung. — Aus Unzufriedenheit über den gestellten Schiedsgericht sind die Bergarbeiter auf dem Zwickau, Gersdorfer, Delesniger und Zwischauer Werken geküht in einen teilweisen Streik eingetreten, während auf den Gersdorfer Gruben unter Protest gegen das Schiedsgericht jetzt noch voll gearbeitet wird. Ob auch die Belegschaften hier in einen neuen Streik mit hineingezogen werden, wird sich in den nächsten Tagen ergeben.

— **Kindergottesdienst-Sommerfest.** Es war unsern Kindern von Herzen zu gönnen, daß strahlender Sonnenschein über dem Feste lag, welches der „Kindergottesdienst“ unserer Stadt seinen Besuchern am vergangenen Sonntag bereitet. Nachmittags 1/3 Uhr setzte sich vom Schulhause aus der lange Zug von 1000 Kindern in Bewegung — Trommeln und Fahnen, bunte festliche Gewänder, Kornblumen, Nelken, Rosen, wohn man schaute. Es ging hin zum Albertinenhof, wo eine irische Mädel, von Herrn Hofmeister Vogel freundlich zur Beilegung g. stellte große Menge zum Spielchen einlud. Dort entwickelte sich rasch ein fröhliches Treiben, von übermütigen Futzballen eines Treibschiffes bis zum anmutigen Wädherrchen. Und nicht weniger freundlich das Bild im Garten des Kumpfgartens, wo der Kindern in Abteilungen zu je hundert verallseitig Mühlwerke mit einem Städtchen Zucker gebackt werden konnte. Das städtische Lebensmittelamt ebenso wie die gute Küche von Frau Kühn haben sich damit um die Kinder besonders verdient gemacht und viel hundert Ecken werden ihnen dank wissen. Nach Stunden endlich sommerlicher Lust verjammelte der Festleiter, Herr Pastor Koch, die ganze Kinderchor zu einer kurzen Schlussandacht und dann ging, wieder in langsamem Zuge, heimwärts. Dieses Sommerfest des Kindergottesdienstes war das erste Friedensfest, was überhaupt in unserer Stadt gefeiert wurde. Möchte es eine Bekräftigung darauf sein, daß unsere Zukunft mehr als unsere Vergangenheit dem Frieden soll, der der rechte Frieden und Friedenbringer ist, sein Christus. —

— **Zur Beachtung!** Die Aufhebung der Bekräftigung, Behandlung von Schiedsmitteln bekräftigt, macht das Wirtschaftsministerium in der Nummer vom 7. Juli der „Sächsischen Staatszeitung“ bekannt.

— **Die Viehfütterung kann,** wie das Reichsernährungsministerium anders lautenden Meldungen gegenüber mittelst, zur Zeit noch nicht aufgehoben werden.

— **Die Post schlägt auf.** Nach einer Bekanntmachung des Reichspostministers werden verschiedene Postgebühren wesentlich erhöht. So wird die Gebühr für die Einbestellung von Briefsendungen, Postanweisungen, Wertbriefen, Abfertigungsscheinen und Postpaketen im Ortsbestellbezirk fortan 50 Pfg. (bisher 25), im Landbestellbezirk 1 Mk. (bisher 60 Pfg.) betragen, von Paketen 75 (40) und 150 (90) Pfg. Die Bestellgebühr für Pakete bis 5 Kilogramm ist auf 30, für schwerere auf 40 Pfg. festgelegt. Ebenso kostet die Bestimmung von Wertsendungen und das Abtragen der Postanweisungen mehr. Diese Änderungen treten schon am 10. Juni in Kraft, unbeschadet der be-

vorstehenden allgemeinen Erhöhung der Postgebühren.

— **Reiseerlaubnis für Arbeiter.** Die Gendarmeriestation der Sächsischen Staatsbahnen hat sich damit einverstanden erklärt, daß in gleicher Weise wie für die Angestellten auch für die Arbeiter der Industrie, des Handels und des Gewerbes, die mehr als 6 Tage beurlaubt sind, Reiseerlaubnis für eine einmalige Erholungsreise (Hin- und Rückfahrt) verabfolgt werden, ohne daß die Notwendigkeit der Reise durch ärztliches Zeugnis nachgewiesen wird. Es muß aber verlangt werden, daß von den betreffenden Arbeitern den in Frage kommenden Dienststellen eine von der Handelskammer beglaubigte Bescheinigung ihrer Firma auf vorgelegtem Vordruck vorgelegt wird.

— **Ausfuhrerlaubnis für böhmische Braunkohle.** Wie die Kohlenausgleichsstelle Dresden untermittelt, hat die Prager Regierung die Genehmigung erteilt, daß böhmische Braunkohle nach Sachsen ausgeführt werden darf.

— **Die Schleier machen Ausverkauf.** In der „Sächs. Landeszeitung“ lesen wir: Nunmehr kann man in den Läden wieder Kaffee, Kakao, Schokolade, Reis usw. erhalten. Diese und andere Waren werden außerdem noch im Inseratenteil der Tagespresse von auswärtigen „Exporthäusern“ oder „Einkaufsgesellschaften“ angeordnet. Waren, die bisher völlig vom Markt verschwunden waren und auf einmal wieder vorhanden sind. Noch suchen die Schleier auf Preis zu halten, aber das Publikum soll nur weisse Zurückhaltung beobachten. Der Preis für Bohnenkaffee wird rasch sinken, wenn das Publikum Zurückhaltung übt und nicht jeden geforderten Preis bezahlt, denn Kaffee ist in Ueberschuss vorhanden. Die Schleier suchen deshalb ihre Ware so schnell wie möglich zu den bisherigen hohen Preisen los zu werden, weil ein Preissturz dieser Waren unzweifelhaft bevorsteht. In einigen Städten wird bereits Kaffee pro Pfund mit 10—18 Mark verkauft. Wenn die Bevölkerung, die sich jahrelang des Bohnenkaffees hat entwöhnen müssen, sich noch einige Wochen beherrscht, so wird der Preis des Kaffees auf die Hälfte gesunken sein. Vor allem hätte man sich auf lockende Angebote auswärtiger Firmen, die mit ihren alten zurückgehaltenen Waren räumen wollen, hereinzulassen. Es ist das bedauerliche, daß die Genußsucht des Publikums den Schleibern das Handwerk so unendlich erleichtert.

— **Callenberg.** (Frecher Felddiebstahl.) In der Nacht vom Sonntag zum Montag wurde einem hiesigen Besitzer auf seinem Felde eine große Fläche Acker abgemäht und weggefahren. Die Ermittlung der Diebe ist noch nicht gelungen.

— **Glauchau.** (Zwei große Einbruchdiebstahl) wurden in unserer Stadt wieder verübt: In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurde in der mechanischen Weberlei in der Gartenstraße eingebrochen, wobei den Dieben für etwa 4000 Mark Kleiderstoffe, Kunstseide, Kostümstoffe und Rohstoffe in die Hände fielen. Die Waren sind sogar zum Teil von den Arbeitsfähigen heruntergenommen worden. Der andere Diebstahl, der erst jetzt entdeckt wurde, ist bereits im Laufe der vergangenen Woche bei der Firma Besserhorn u. Co. verübt worden, wobei die Diebe für etwa 4000 Mark gute Reichswolle erbeuteten. Als Täter wurden 2 Brüder ermittelt, von denen der eine bei der bestohlenen Firma in Arbeit stand. Die gestohlene Ware konnte zum Teil wieder herbeigeschafft werden, zum Teil war sie bereits verkauft.

— **Glauchau.** (Ein vielversprechendes Bärlschken.) Ein bei einem Bäckermeister in Remse in Stellung

## Durch fremde Schuld.

Roman von Fritz Brentana.

80. Nachdruck verboten.  
„Glücklich bin ich, mein Kind!“ jubelte Werner, sie in seine Arme reichend. „Glücklich, zum erstenmal wieder seit langen, schweren Jahren! Und auch du bist es worden, meine Gertrud, mein Kind, an dem ich mich so schwer verständigte.“  
„Lieber Vater“, unterbrach ihn das erröte Mädchen, „jage es nicht.“  
„Ja, ich weiß, was du um mich gelitten hast; aber ich will es wissen, mein Kind, jetzt, wo Schande und Sogmad von mir genommen sind, und alles wieder gut werden kann.“  
„Vater.“  
„Sich nicht“, rief er, sie zu einem Stuhle drängend; „setz dich und höre mich an, damit du endlich alles verstehst, was bis jetzt zwischen dir und deinem unglücklichen Vater lag.“  
Und nun erzählte er der in tiefer Spannung aufhorchenden Tochter die lange Geschichte seines leidenschaftlichen Lebens — erzählte ihr, was sie bisher nur andeutungsweise erfahren, in allen Einzelheiten, und wie er zu seiner Verurteilung gekommen, die er mit dem Zusammenbruch seiner ganzen Existenz so schwer büßen mußte.

Diese Erzählung rannen dem Mädchen beim Anhören diese klaren Lebensbeichte des geliebten Vaters

über die blauen Wangen. Aber sie wandelten sich in Freudentönen, als sie erfuhr, was heute geschah, und daß dem Vater die schwerste Last — die nagende Sorge um die Rückzahlung der verurteilten Summe — endlich vom Herzen genommen sei.

Die Nacht war längst herangebrochen, aber die Glücklichkeiten machten es nicht. Hand in Hand lagen sie beisammen, und das Haupt Gertruds ruhte an der Brust des Vaters, der, das fühlte sie, von dieser Stunde an dem Leben wiedergegeben war.

„Vater, lieber Vater“, flüsterte sie, „darf ich dir nun auch etwas anvertrauen?“

„Alles, mein Kind“, sprach er, „alles!“

„Hat von Kolbe ist hier.“

„Ich weiß es!“ antwortete er. „Ich traue ihn heute wegen vor meiner Zusammenkunft mit jenem Gute. Er ist noch der alte, liebe Junge von damals. Er wird uns besuchen — und du wirst ihn freude.“

„Ich habe ihn bereits gesprochen“, erwiderte Gertrud, das Haupt bewegend, leise.

„Wie?“ rief Werner erstaunt.

„Da, Vater. Ich las, daß er hier sei, und habe ihn aufgesucht. Frage mich nicht, warum und wo — nur eins sollst du wissen, Vater — daß es um Deinestwillen geschah.“

„Und wie nahm er dich auf?“

„Er zeigte einen Augenblick; dann schlang sie die Arme um seinen Hals und schlüßte:

„Er sagte mir, daß er wegen meiner nach Deutschland gekommen sei — und fragte mich, ob ich sein Weib werden wolle, damit wir gemeinsam für dich sorgen könnten.“

„Das hat er getan“, rief Werner, „trotzdem er alles wußte? Aber ich habe es immer gefast, daß er ein vornehmer Charakter ist. Und was hast du ihm geantwortet, mein Kind?“

„Ich habe ihm gesagt, daß ich niemals die Deine werden könne.“

Der Rechtsanwalt sah seine Tochter überaus an.

„Und warum wieder du ihn ab?“ fragte er.

Das Mädchen schwieg dazwischen.

„Nun, hast du keine Antwort für mich?“

„Ja, Vater. Denn jetzt sollst du es wissen: Ich wußte um dein künftiges Geheimnis.“

„Gertrud.“

„Ja, Vater. Und in dem Glauben, daß Vater von Kolbe Deine Vergangenheit unbekannt ist, hielt ich es für meine Pflicht, seinen Antrag abzulehnen.“

„Mein armes Kind!“ sprach gerührt Werner. „So wollest du mich dieses große Opfer für deinen alten Vater bringen!“

„Er lobt ihr Haupt empor, blickte ihr tief in die Augen und fragte:

„Nun, wie denkst du jetzt über diesen Antrag?“

„Ich würde dich nie verlassen, Vater“, antwortete Gertrud, sich abwendend. (Fortsetzung folgt.)

besten  
hau  
1000  
auf  
der  
Außen  
Brot,  
Bursch  
Glaub  
Sonn  
im na  
Guts  
brann  
Landr  
zum A  
We  
in de  
schäft  
Zigar  
Glaub  
einem  
schlag  
händl  
Rei  
Leipz  
fordern  
hier  
Berle  
Ob  
schlo  
Sch  
murde  
Fell  
beiter  
Sol  
im hi  
Er ha  
drei  
Etern  
in ein  
des D  
alle e  
beschä  
unter

von  
dräng  
sehen  
auch  
land,  
greian  
Nise  
nehme  
den n  
liche  
näh,  
obern  
dent in  
sich en  
lage z  
Konfer  
Times  
alle  
große  
land  
sehen,  
dauern  
liche  
der B  
Beispi  
verluch  
zu ver  
nischen  
he in  
schaffen  
auf A  
Erche  
schäbli  
nach I  
big, u  
strebun  
zum A  
Zeitun  
Ador  
die M  
der S  
seine C  
anzuk  
notwe  
Regier  
für A  
Presse  
gegen  
Wir k  
zugleic  
hinwel  
land  
lichkeit  
und a



höhung der Postg

e für Arbeiter. Die  
schen Staatsbahn-  
den erklärt, daß in  
gestellten auch für die  
andels und des Ge-  
beurlaubt sind, Reise-  
Erholungsreise  
igt werden, ohne daß  
durch ärztliches Zeug-  
aber verlangt  
den Arbeitern den in  
eine von der Han-  
einigung ihrer Firma  
vorgelegt wird.

böhmische Braun-  
schleife Dresden un-  
derung die Gemein-  
unkohle nach Sachsen

Ausverkauf. In  
es mir: Nunmehr  
er Kaffee, Kakao,  
ten. Diese und an-  
noch im Inseraten-  
smärtigen „Export-  
schaften“ angeordnet.  
Märkte verschwunden  
er vorhanden sind,  
reis zu halten, aber  
Zurückhaltung be-  
enkaffee wird rasch  
Zurückhaltung übt  
Preis bezahlt, denn  
den. Die Schleier  
schnell wie möglich  
los zu werden,  
un zweifelhaft be-  
wird bereits Kaffee  
verkauft. Wenn  
elang des Bohnen-  
n, sich noch einige  
Preis des Kaffees  
Vor allem hätte man  
wärtiger Firmen, die  
nen Waren räumen  
das bedauerliche, daß  
den Schiebern das  
ert.

Die Gefahr der Verdünnung  
deutscher Waren

Die Gefahr, daß die deutschen Waren  
von dem ausländischen Markt immer mehr ver-  
drängt werden, zeigt sich von Tag zu Tag. Wir  
sehen zunächst in vielen Ländern, unter ande-  
ren auch in den benachbarten Ländern (Böhmen, Hol-  
land, Skandinavien), daß man sich dort bemüht,  
geplanten Forderungen zu entsprechen, und mit deren  
Hilfe die Produktion solcher Waren selbst vorzu-  
nehmen, die bisher aus Deutschland bezogen wor-  
den waren. Daneben ist es namentlich die eng-  
lische Industrie, die die jetzige Konjunktur aus-  
nützt, um die bisherigen deutschen Märkte zu er-  
obern. So schreibt der britische Handelsattaché  
in Porth, daß eine wohlbekannte Gesellschaft  
sich entschieden habe, in Westaustralien eine An-  
lage zur Herstellung aller Art von Flaschen und  
Kontrollengläsern zu errichten. Ebenso weist „The  
Times Trade Supplement“ darauf hin, daß, wie  
alle lateinamerikanischen Länder, auch Brasilien,  
große Mengen emaillierter Küchengeräte benötigt,  
und daß dieser Markt fast vollständig von Deutsch-  
land beherrscht wurde. Es sei aber nicht einzu-  
sehen, weshalb auch nicht britische Industrie dort  
dauernd festen Fuß fassen sollten, zumal das eng-  
lische Glas glatter und fehlerfreier als das Glas  
der Vereinigten Staaten sei. Man sieht an diesen  
Beispielen, daß von unserer Konkurrenz nichts un-  
versucht gelassen wird, um uns von diesen Märkten  
zu vertreiben oder unsere Stellung auf ihnen we-  
nigstens wesentlich zu erschweren. Soweit wir da-  
hin in den durch den neuen Friedensvertrag ge-  
schaffenen Verhältnissen überhaupt noch Aussicht  
auf Ausfuhrmöglichkeit haben, müssen wir diese  
Erscheinungen scharf im Auge behalten, um die  
schädlichen Wirkungen dieses Vorgehens wenigstens  
nach Möglichkeit zu beschränken. Es ist notwen-  
dig, unsere Regierung auf gewisse Schweizer Ver-  
strebungen, wie sie in der Schweizer Export-Rede  
zum Ausdruck kommen, hinzuweisen. Die genannte  
Zettlung nimmt das Gesicht des Bundespräsidenten  
Ador zur Veranlassung, um mit aller Schärfe auf  
die Notwendigkeit hinzuweisen, den Außenhandel  
der Schweiz mit Deutschland abzubauen und an  
seine Stelle denjenigen mit den westlichen Staaten  
anzuknüpfen und zu verdrängen. Es wäre dringend  
notwendig, wenn sowohl von Seiten der deutschen  
Regierung wie auch von Seiten des Reichskommissars  
für Aus- und Einfuhrbewilligungen, ferner der  
Presse und den deutsch-schweizer Organisationen  
gegen derartige Bestrebungen Front gemacht würde.  
Wir können übrigens im Zusammenhang hiermit  
zugleich auf ähnliche Bestrebungen in Schweden  
hinweisen und glauben, daß man im deutschen In-  
land auch nicht annähernd die furchtbare Gefähr-  
lichkeit derartiger Versuche, uns als Verarbeitungs-  
und als Transitland auszuschalten, würdigt.

Die Gefahr der Verdünnung  
deutscher Waren

Die Gefahr, daß die deutschen Waren  
von dem ausländischen Markt immer mehr ver-  
drängt werden, zeigt sich von Tag zu Tag. Wir  
sehen zunächst in vielen Ländern, unter ande-  
ren auch in den benachbarten Ländern (Böhmen, Hol-  
land, Skandinavien), daß man sich dort bemüht,  
geplanten Forderungen zu entsprechen, und mit deren  
Hilfe die Produktion solcher Waren selbst vorzu-  
nehmen, die bisher aus Deutschland bezogen wor-  
den waren. Daneben ist es namentlich die eng-  
lische Industrie, die die jetzige Konjunktur aus-  
nützt, um die bisherigen deutschen Märkte zu er-  
obern. So schreibt der britische Handelsattaché  
in Porth, daß eine wohlbekannte Gesellschaft  
sich entschieden habe, in Westaustralien eine An-  
lage zur Herstellung aller Art von Flaschen und  
Kontrollengläsern zu errichten. Ebenso weist „The  
Times Trade Supplement“ darauf hin, daß, wie  
alle lateinamerikanischen Länder, auch Brasilien,  
große Mengen emaillierter Küchengeräte benötigt,  
und daß dieser Markt fast vollständig von Deutsch-  
land beherrscht wurde. Es sei aber nicht einzu-  
sehen, weshalb auch nicht britische Industrie dort  
dauernd festen Fuß fassen sollten, zumal das eng-  
lische Glas glatter und fehlerfreier als das Glas  
der Vereinigten Staaten sei. Man sieht an diesen  
Beispielen, daß von unserer Konkurrenz nichts un-  
versucht gelassen wird, um uns von diesen Märkten  
zu vertreiben oder unsere Stellung auf ihnen we-  
nigstens wesentlich zu erschweren. Soweit wir da-  
hin in den durch den neuen Friedensvertrag ge-  
schaffenen Verhältnissen überhaupt noch Aussicht  
auf Ausfuhrmöglichkeit haben, müssen wir diese  
Erscheinungen scharf im Auge behalten, um die  
schädlichen Wirkungen dieses Vorgehens wenigstens  
nach Möglichkeit zu beschränken. Es ist notwen-  
dig, unsere Regierung auf gewisse Schweizer Ver-  
strebungen, wie sie in der Schweizer Export-Rede  
zum Ausdruck kommen, hinzuweisen. Die genannte  
Zettlung nimmt das Gesicht des Bundespräsidenten  
Ador zur Veranlassung, um mit aller Schärfe auf  
die Notwendigkeit hinzuweisen, den Außenhandel  
der Schweiz mit Deutschland abzubauen und an  
seine Stelle denjenigen mit den westlichen Staaten  
anzuknüpfen und zu verdrängen. Es wäre dringend  
notwendig, wenn sowohl von Seiten der deutschen  
Regierung wie auch von Seiten des Reichskommissars  
für Aus- und Einfuhrbewilligungen, ferner der  
Presse und den deutsch-schweizer Organisationen  
gegen derartige Bestrebungen Front gemacht würde.  
Wir können übrigens im Zusammenhang hiermit  
zugleich auf ähnliche Bestrebungen in Schweden  
hinweisen und glauben, daß man im deutschen In-  
land auch nicht annähernd die furchtbare Gefähr-  
lichkeit derartiger Versuche, uns als Verarbeitungs-  
und als Transitland auszuschalten, würdigt.

Die Gefahr der Verdünnung  
deutscher Waren

Die Gefahr, daß die deutschen Waren  
von dem ausländischen Markt immer mehr ver-  
drängt werden, zeigt sich von Tag zu Tag. Wir  
sehen zunächst in vielen Ländern, unter ande-  
ren auch in den benachbarten Ländern (Böhmen, Hol-  
land, Skandinavien), daß man sich dort bemüht,  
geplanten Forderungen zu entsprechen, und mit deren  
Hilfe die Produktion solcher Waren selbst vorzu-  
nehmen, die bisher aus Deutschland bezogen wor-  
den waren. Daneben ist es namentlich die eng-  
lische Industrie, die die jetzige Konjunktur aus-  
nützt, um die bisherigen deutschen Märkte zu er-  
obern. So schreibt der britische Handelsattaché  
in Porth, daß eine wohlbekannte Gesellschaft  
sich entschieden habe, in Westaustralien eine An-  
lage zur Herstellung aller Art von Flaschen und  
Kontrollengläsern zu errichten. Ebenso weist „The  
Times Trade Supplement“ darauf hin, daß, wie  
alle lateinamerikanischen Länder, auch Brasilien,  
große Mengen emaillierter Küchengeräte benötigt,  
und daß dieser Markt fast vollständig von Deutsch-  
land beherrscht wurde. Es sei aber nicht einzu-  
sehen, weshalb auch nicht britische Industrie dort  
dauernd festen Fuß fassen sollten, zumal das eng-  
lische Glas glatter und fehlerfreier als das Glas  
der Vereinigten Staaten sei. Man sieht an diesen  
Beispielen, daß von unserer Konkurrenz nichts un-  
versucht gelassen wird, um uns von diesen Märkten  
zu vertreiben oder unsere Stellung auf ihnen we-  
nigstens wesentlich zu erschweren. Soweit wir da-  
hin in den durch den neuen Friedensvertrag ge-  
schaffenen Verhältnissen überhaupt noch Aussicht  
auf Ausfuhrmöglichkeit haben, müssen wir diese  
Erscheinungen scharf im Auge behalten, um die  
schädlichen Wirkungen dieses Vorgehens wenigstens  
nach Möglichkeit zu beschränken. Es ist notwen-  
dig, unsere Regierung auf gewisse Schweizer Ver-  
strebungen, wie sie in der Schweizer Export-Rede  
zum Ausdruck kommen, hinzuweisen. Die genannte  
Zettlung nimmt das Gesicht des Bundespräsidenten  
Ador zur Veranlassung, um mit aller Schärfe auf  
die Notwendigkeit hinzuweisen, den Außenhandel  
der Schweiz mit Deutschland abzubauen und an  
seine Stelle denjenigen mit den westlichen Staaten  
anzuknüpfen und zu verdrängen. Es wäre dringend  
notwendig, wenn sowohl von Seiten der deutschen  
Regierung wie auch von Seiten des Reichskommissars  
für Aus- und Einfuhrbewilligungen, ferner der  
Presse und den deutsch-schweizer Organisationen  
gegen derartige Bestrebungen Front gemacht würde.  
Wir können übrigens im Zusammenhang hiermit  
zugleich auf ähnliche Bestrebungen in Schweden  
hinweisen und glauben, daß man im deutschen In-  
land auch nicht annähernd die furchtbare Gefähr-  
lichkeit derartiger Versuche, uns als Verarbeitungs-  
und als Transitland auszuschalten, würdigt.

Die Gefahr der Verdünnung  
deutscher Waren

Die Gefahr, daß die deutschen Waren  
von dem ausländischen Markt immer mehr ver-  
drängt werden, zeigt sich von Tag zu Tag. Wir  
sehen zunächst in vielen Ländern, unter ande-  
ren auch in den benachbarten Ländern (Böhmen, Hol-  
land, Skandinavien), daß man sich dort bemüht,  
geplanten Forderungen zu entsprechen, und mit deren  
Hilfe die Produktion solcher Waren selbst vorzu-  
nehmen, die bisher aus Deutschland bezogen wor-  
den waren. Daneben ist es namentlich die eng-  
lische Industrie, die die jetzige Konjunktur aus-  
nützt, um die bisherigen deutschen Märkte zu er-  
obern. So schreibt der britische Handelsattaché  
in Porth, daß eine wohlbekannte Gesellschaft  
sich entschieden habe, in Westaustralien eine An-  
lage zur Herstellung aller Art von Flaschen und  
Kontrollengläsern zu errichten. Ebenso weist „The  
Times Trade Supplement“ darauf hin, daß, wie  
alle lateinamerikanischen Länder, auch Brasilien,  
große Mengen emaillierter Küchengeräte benötigt,  
und daß dieser Markt fast vollständig von Deutsch-  
land beherrscht wurde. Es sei aber nicht einzu-  
sehen, weshalb auch nicht britische Industrie dort  
dauernd festen Fuß fassen sollten, zumal das eng-  
lische Glas glatter und fehlerfreier als das Glas  
der Vereinigten Staaten sei. Man sieht an diesen  
Beispielen, daß von unserer Konkurrenz nichts un-  
versucht gelassen wird, um uns von diesen Märkten  
zu vertreiben oder unsere Stellung auf ihnen we-  
nigstens wesentlich zu erschweren. Soweit wir da-  
hin in den durch den neuen Friedensvertrag ge-  
schaffenen Verhältnissen überhaupt noch Aussicht  
auf Ausfuhrmöglichkeit haben, müssen wir diese  
Erscheinungen scharf im Auge behalten, um die  
schädlichen Wirkungen dieses Vorgehens wenigstens  
nach Möglichkeit zu beschränken. Es ist notwen-  
dig, unsere Regierung auf gewisse Schweizer Ver-  
strebungen, wie sie in der Schweizer Export-Rede  
zum Ausdruck kommen, hinzuweisen. Die genannte  
Zettlung nimmt das Gesicht des Bundespräsidenten  
Ador zur Veranlassung, um mit aller Schärfe auf  
die Notwendigkeit hinzuweisen, den Außenhandel  
der Schweiz mit Deutschland abzubauen und an  
seine Stelle denjenigen mit den westlichen Staaten  
anzuknüpfen und zu verdrängen. Es wäre dringend  
notwendig, wenn sowohl von Seiten der deutschen  
Regierung wie auch von Seiten des Reichskommissars  
für Aus- und Einfuhrbewilligungen, ferner der  
Presse und den deutsch-schweizer Organisationen  
gegen derartige Bestrebungen Front gemacht würde.  
Wir können übrigens im Zusammenhang hiermit  
zugleich auf ähnliche Bestrebungen in Schweden  
hinweisen und glauben, daß man im deutschen In-  
land auch nicht annähernd die furchtbare Gefähr-  
lichkeit derartiger Versuche, uns als Verarbeitungs-  
und als Transitland auszuschalten, würdigt.

Die Gefahr der Verdünnung  
deutscher Waren

Die Gefahr, daß die deutschen Waren  
von dem ausländischen Markt immer mehr ver-  
drängt werden, zeigt sich von Tag zu Tag. Wir  
sehen zunächst in vielen Ländern, unter ande-  
ren auch in den benachbarten Ländern (Böhmen, Hol-  
land, Skandinavien), daß man sich dort bemüht,  
geplanten Forderungen zu entsprechen, und mit deren  
Hilfe die Produktion solcher Waren selbst vorzu-  
nehmen, die bisher aus Deutschland bezogen wor-  
den waren. Daneben ist es namentlich die eng-  
lische Industrie, die die jetzige Konjunktur aus-  
nützt, um die bisherigen deutschen Märkte zu er-  
obern. So schreibt der britische Handelsattaché  
in Porth, daß eine wohlbekannte Gesellschaft  
sich entschieden habe, in Westaustralien eine An-  
lage zur Herstellung aller Art von Flaschen und  
Kontrollengläsern zu errichten. Ebenso weist „The  
Times Trade Supplement“ darauf hin, daß, wie  
alle lateinamerikanischen Länder, auch Brasilien,  
große Mengen emaillierter Küchengeräte benötigt,  
und daß dieser Markt fast vollständig von Deutsch-  
land beherrscht wurde. Es sei aber nicht einzu-  
sehen, weshalb auch nicht britische Industrie dort  
dauernd festen Fuß fassen sollten, zumal das eng-  
lische Glas glatter und fehlerfreier als das Glas  
der Vereinigten Staaten sei. Man sieht an diesen  
Beispielen, daß von unserer Konkurrenz nichts un-  
versucht gelassen wird, um uns von diesen Märkten  
zu vertreiben oder unsere Stellung auf ihnen we-  
nigstens wesentlich zu erschweren. Soweit wir da-  
hin in den durch den neuen Friedensvertrag ge-  
schaffenen Verhältnissen überhaupt noch Aussicht  
auf Ausfuhrmöglichkeit haben, müssen wir diese  
Erscheinungen scharf im Auge behalten, um die  
schädlichen Wirkungen dieses Vorgehens wenigstens  
nach Möglichkeit zu beschränken. Es ist notwen-  
dig, unsere Regierung auf gewisse Schweizer Ver-  
strebungen, wie sie in der Schweizer Export-Rede  
zum Ausdruck kommen, hinzuweisen. Die genannte  
Zettlung nimmt das Gesicht des Bundespräsidenten  
Ador zur Veranlassung, um mit aller Schärfe auf  
die Notwendigkeit hinzuweisen, den Außenhandel  
der Schweiz mit Deutschland abzubauen und an  
seine Stelle denjenigen mit den westlichen Staaten  
anzuknüpfen und zu verdrängen. Es wäre dringend  
notwendig, wenn sowohl von Seiten der deutschen  
Regierung wie auch von Seiten des Reichskommissars  
für Aus- und Einfuhrbewilligungen, ferner der  
Presse und den deutsch-schweizer Organisationen  
gegen derartige Bestrebungen Front gemacht würde.  
Wir können übrigens im Zusammenhang hiermit  
zugleich auf ähnliche Bestrebungen in Schweden  
hinweisen und glauben, daß man im deutschen In-  
land auch nicht annähernd die furchtbare Gefähr-  
lichkeit derartiger Versuche, uns als Verarbeitungs-  
und als Transitland auszuschalten, würdigt.

Die Gefahr der Verdünnung  
deutscher Waren

Die Gefahr, daß die deutschen Waren  
von dem ausländischen Markt immer mehr ver-  
drängt werden, zeigt sich von Tag zu Tag. Wir  
sehen zunächst in vielen Ländern, unter ande-  
ren auch in den benachbarten Ländern (Böhmen, Hol-  
land, Skandinavien), daß man sich dort bemüht,  
geplanten Forderungen zu entsprechen, und mit deren  
Hilfe die Produktion solcher Waren selbst vorzu-  
nehmen, die bisher aus Deutschland bezogen wor-  
den waren. Daneben ist es namentlich die eng-  
lische Industrie, die die jetzige Konjunktur aus-  
nützt, um die bisherigen deutschen Märkte zu er-  
obern. So schreibt der britische Handelsattaché  
in Porth, daß eine wohlbekannte Gesellschaft  
sich entschieden habe, in Westaustralien eine An-  
lage zur Herstellung aller Art von Flaschen und  
Kontrollengläsern zu errichten. Ebenso weist „The  
Times Trade Supplement“ darauf hin, daß, wie  
alle lateinamerikanischen Länder, auch Brasilien,  
große Mengen emaillierter Küchengeräte benötigt,  
und daß dieser Markt fast vollständig von Deutsch-  
land beherrscht wurde. Es sei aber nicht einzu-  
sehen, weshalb auch nicht britische Industrie dort  
dauernd festen Fuß fassen sollten, zumal das eng-  
lische Glas glatter und fehlerfreier als das Glas  
der Vereinigten Staaten sei. Man sieht an diesen  
Beispielen, daß von unserer Konkurrenz nichts un-  
versucht gelassen wird, um uns von diesen Märkten  
zu vertreiben oder unsere Stellung auf ihnen we-  
nigstens wesentlich zu erschweren. Soweit wir da-  
hin in den durch den neuen Friedensvertrag ge-  
schaffenen Verhältnissen überhaupt noch Aussicht  
auf Ausfuhrmöglichkeit haben, müssen wir diese  
Erscheinungen scharf im Auge behalten, um die  
schädlichen Wirkungen dieses Vorgehens wenigstens  
nach Möglichkeit zu beschränken. Es ist notwen-  
dig, unsere Regierung auf gewisse Schweizer Ver-  
strebungen, wie sie in der Schweizer Export-Rede  
zum Ausdruck kommen, hinzuweisen. Die genannte  
Zettlung nimmt das Gesicht des Bundespräsidenten  
Ador zur Veranlassung, um mit aller Schärfe auf  
die Notwendigkeit hinzuweisen, den Außenhandel  
der Schweiz mit Deutschland abzubauen und an  
seine Stelle denjenigen mit den westlichen Staaten  
anzuknüpfen und zu verdrängen. Es wäre dringend  
notwendig, wenn sowohl von Seiten der deutschen  
Regierung wie auch von Seiten des Reichskommissars  
für Aus- und Einfuhrbewilligungen, ferner der  
Presse und den deutsch-schweizer Organisationen  
gegen derartige Bestrebungen Front gemacht würde.  
Wir können übrigens im Zusammenhang hiermit  
zugleich auf ähnliche Bestrebungen in Schweden  
hinweisen und glauben, daß man im deutschen In-  
land auch nicht annähernd die furchtbare Gefähr-  
lichkeit derartiger Versuche, uns als Verarbeitungs-  
und als Transitland auszuschalten, würdigt.

## Öffentliche Sitzung des Lichtensteiner Stadtoverordneten-Kollegiums.

Die für gestern Abend nach der „Goldnen Sonne“  
einberufene Sitzung hatte folgende umfangreiche  
und wichtige Tagesordnung zu erledigen:

Punkt 1. Zählgeld betr. Die städtischen Kassen-  
beamten haben um Erhöhung beim Gewährung  
von Zählgeld nachgesucht. Der hierzu gefasste Rats-  
beschluss wurde verworfen, dagegen ein Antrag  
Brunner angenommen, der den Kreis der zu be-  
denkenden Personen erweitert und zum Ausgleich  
das Zählgeld etwas niedriger bemisst als der Rats-  
beschluss vorsieht.

2. Erhöhung der Besoldung der Beamtenan-  
wärter betr. Auf ein neuerliches Ge-  
such der jungen  
Beamten hat der Rat beschlossen, dieses abzulehnen,  
da eine Neuregelung der Gehaltsverhältnisse mit  
der Städtevereinigung zu erwarten ist. Von diesem  
Beschluss nimmt das Kollegium Kenntnis und lehnt  
einen Antrag Weiß ab, das Gesuch zur nochmaligen  
wohlwollenden Beratung an den Rat zurück-  
zuweisen, nachdem Herr Stadtrat Fuchs betont  
hatte, daß es nicht angängig sei, bei einer einzelnen  
Beamtengruppe eine Gehaltsänderung eintreten zu  
lassen, das würde das ganze Gebäude der Besol-  
dungsregelung einreißen.

3. Der Beitritt zum Arbeitgeberverband wurde  
einstimmig gut geheißen nach auszugswiesener Be-  
kannntgabe der Verbandsbestimmungen.

4. Das Kollegium stimmte sodann der Ratsvor-  
lage betr. die Satzungen eines Wohlfahrtspflege-  
verbandes der Städte Lichtenstein und Callenberg  
zu, das bis zu dem am 1. Januar 1920 vorgeesehenen  
Vereinigung beider Städte Geltung haben soll. Er  
bezweckt die Säuglings- und Kleinkinderpflege, den  
Mutterschutz, die Tuberkulose- und Krüppelfür-  
sorge u. Es soll an die Regierung gegangen werden,  
dem Gesetze Rechtskraft zu verleihen, sobald  
Callenberg bereits jetzt in dieser Frage aus dem  
amtschauptmannschaftlichen Bezirk auscheiden kann.

5. Weiter fand das Ortsgesetz über die Erhebung  
einer Eintrittskartensteuer bei Vergütungen nach  
eingehender Durchberatung mit den im Bezirk vor-  
geesehenen Sähen Annahme.

6. Im Namen der sozialdemokratischen Mehr-  
heit des Stadtoverordneten-Kollegiums erklärte Herr  
Brunner, daß sie den Einspruch gegen Erhebung  
der Kirchensteuer zurückzieht, weil es an der ge-  
setzlichen Handhabe mangelte, die Erhebung zu ver-  
hindern, ungeachtet dessen halten Redner und seine  
Freunde die Ansicht aufrecht, daß die Kirche Pri-  
vatpatsche und auch von Privatpersonen zu unter-  
halten sei.

7. Schließlich wurde das Ortsgesetz über die  
Städtevereinigung durchberaten und nach geringen  
Abänderungen angenommen. Mit dieser Annahme  
ist die Städtevereinigung eine be-  
schlossene Tatsache. Die wichtigsten Punkte  
aus dem Ortsgesetz sind folgende:

Vom 1. Januar 1920 ab werden die beiden Ge-  
meindebezirke Lichtenstein und Callenberg zu einem  
Gemeindebezirk mit dem Namen Lichtenstein-Call-  
enberg vereinigt. Dadurch werden die Bewohner der  
beiden Städte ohne weiteres zu Mitgliedern des  
neuen Gemeinwesens und in Bezug auf Rechte  
und Pflichten einander vollkommen gleichgestellt.

Das Vermögen der beiden Städte wird mit der  
Wirkung verschmolzen, daß das neue Gemeinwesen  
das Eigentum an gesamten Verträgen erwirbt und  
in alle Rechte und Verbindlichkeiten eintritt.

Alle dormaligen Vertreter — also Ratsmitglieder  
und Stadtoverordnete — beider Städte bleiben im  
Amte und zwar vorerst bis zum Ablauf ihrer  
gegenwärtigen Wahlperiode. Die Ratsmitglieder  
werden zu einem Ratskollegium und die Stadtover-  
ordneten zu einem Stadtoverordnetenkollegium ver-  
schmolzen.

Der bisherige Ratsvorstand von Lichtenstein,  
Bürgermeister Stecker, verbleibt unter Wahrung  
seiner bisherigen Rechte im Amte als „Erster Bür-  
germeister“ der Stadt Lichtenstein-Callenberg. Der  
selbtherige Vorstand der Stadt Callenberg, Bürger-  
meister Prahtel, findet in der vereinigten Stadt  
Anstellung als befristetes Ratsmitglied auf Lebenszeit  
mit dem Amtsnamen „Zweiter Bürgermeister“. Er ist  
als solcher zugleich Stellvertreter des „Ersten Bürger-  
meisters“. Außerdem ist ein 2. Bürgermeister-  
Stellvertreter vorhanden, der nach § 25 des Orts-  
statuts für die Stadt Lichtenstein gewählt wird.

Bürgermeister Prahtel erhält zunächst folgende  
Verwaltungsabteilungen übertragen: a) die selb-  
ständige Leitung der vereinigten Sparkasse als  
berufen Direktor, b) das Standesamt, c) das Volks-  
schulwesen, d) die Organisation und selbständige  
Leitung der örtlichen Wohlfahrtspflege (Wohlfahrts-  
amt).

Das Rathaus Callenberg wird der Sitz der ver-  
einigten Sparkasse, des Standesamts, des Schul-  
amts und des Wohlfahrtsamts der Stadt Lichten-  
stein-Callenberg und der dazu gehörigen Geschäfts-  
stellen.

Die Beamten und Angestellten der beiden Städte  
werden in die Verwaltung der vereinigten Stadt

übernommen. Es wird ihnen Wahrung aller  
wohlverworbenen Rechte und Anwartschaften, insbe-  
sondere hinsichtlich ihrer Besoldung und der An-  
rechnung des Dienstalters bei der Pensionierung  
zugeichert.

Die beiden Schulgemeinden werden zu einer  
Schulgemeinde Lichtenstein-Callenberg vereinigt.  
Die kirchlichen Verhältnisse bleiben durch die Ver-  
einigung der beiden politischen Gemeinden un-  
berührt.

Das Ortsgesetz wird in seinem Gesamtumfang  
später zur Veröffentlichung gelangen, es erübrigt  
sich sonach, auf weitere Einzelheiten einzugehen.

8. Umfrage. Herr Koch rüht die Unsicherheit  
der Fußwege an der Rößliger Straße durch rück-  
sichtslos abfahrende. Herr Schneider wünscht den  
Zustuß bis Regenwassers an der äußeren Fröhlich-  
straße in geregelte Bahnen geleitet. Herr Bahner  
regt die Gründung einer Bürgerwehr an, kann  
aber hierfür keine Unterstützung finden. Herr Niehl-  
horn meinte, in kleineren Städten hätten die Un-  
ruhen, wenn solche entstanden, keinen politischen  
Hintergrund, es wären Hungerkrawalle und die  
Teilnehmer daran könne man nicht niederschicken,  
alle Unruhestifter seien mit wöchentlich einem  
1/4 Pfund Speck tot zu machen. Endlich wurde  
ein Ausschuss zur Vorbereitung des Empfanges der  
heimkehrenden Kriegsgefangenen gebildet, der  
aus einem Ratsmitglied und drei Stadtoverordneten  
besteht. Damit war die Tagesordnung erschöpft.

## Öffentliche Stadtoverordneten-Sitzung in Callenberg am 7. Juli.

Herr Bürgermeister Prahtel eröffnet die Sitzung  
pünktlich 7 Uhr und gab dann verschiedene Ein-  
gänge bekannt; u. a. macht er die Mitteilung, daß  
die im Verlehenstifte angemeldeten erholungsbe-  
dürftigen Kinder dort keine Aufnahme finden können,  
sowie daß im Bezirksjugendheim noch einige  
Freistellen offen sind.

2. Der Jahrmarkt soll in gewohnter Weise am  
14. und 15. August abgehalten werden.

3. Zur Prüfung der Feuerlochkassentrechnung  
werden Rechnungsprüfer gewählt.

4. Beitritt zu einem „Arbeitgeberverband Säch-  
sischer Gemeinden“ betr. Nach verschiedenen Er-  
läuterungen durch Herrn Stadtrat Meyer wird der  
Beitritt zu diesem Verband beschlossen.

5. Ein Gesuch des Hilfsausschusses der Gemeinde  
Weißbach um Beihilfegewährung für einen Brand-  
kalamitäten wird abschlägig beschieden.

6. Flurschutz betr. Lichtenstein hat geplant, für  
beide Städte zusammen 2 Flurschützen einzustellen.  
Kollegium ist damit einverstanden, wenn dies in  
der vorgeesehenen Weise geschieht, trotzdem es sich einen  
großen Erfolg hieron nicht verspricht.

7. Verkehrsangelegenheiten. Gegen einige Be-  
stimmungen in dem seitens des Staates vorliegen-  
den Vertrag über die Autoverbindung Zwickau —  
Delsitz werden einige Bedenken laut. Ueber eine  
Zuschrift seitens der Amtshauptmannschaft betriffs  
Errichtung von Kraftwagenlinien für den Güterver-  
kehr gibt Herr Mehner näheren Aufschluß. Eine Be-  
antwortung in zustimmenden Sinne an die Amts-  
hauptmannschaft ist bereits erfolgt.

8. Ein Antrag der Zwickauer Elektrizitäts- und  
Straßenbahn-A.G., die schon im April geordnete  
Preisverhöhung von 1 Mk. für Licht und 50 Pfg.  
für Kraft pro Kilowattstunde nunmehr zu bewilligen  
wird, da dies nicht zu umgehen ist, genehmigt.

9. Ueber die Erwerbslosenfürsorge macht Herr  
Richard Schmidt längere Mitteilungen. Zur Zeit  
muß für 312 Köpfe (incl. d. Kinder) Arbeitslosen-  
unterstützung gezahlt werden. Einem Gesuch der  
Arbeitslosen, einen Erwerbslosen in den betreffen-  
den Ausschuss zu wählen, ist entsprochen worden.

10. Der Errichtung eines Gemeindeverbandes  
mit der Stadt Lichtenstein zur Durchführung der  
Hohlfahrtspflege wird zugestimmt.

11. Ernährungsfragen. Herr Bürgermeister  
Prahtel macht verschiedene Mitteilungen über die  
Milch- und Butterlieferung und daß besonders die  
Gemeinde Decusdorf ihrer Verpflichtung bei weitem  
nicht nachkommt. Wenn eine Sperrung nicht ein-  
tritt, sollen weitere Schritte unternommen werden.  
Es wird weiter der besonders für die Schuljugend  
hocherwartliche Beschluss gefasst, die noch vorhandenen  
Vorräte an Cacao und Schokolade dazu zu benutzen,  
den Schülkinder während der Dauer eines Monats  
einen Tag um den andern eine Tasse Cacao bzw.  
Schokolade zu verabreichen. Herr Schubert macht  
hierauf seinem Hergen in erregten Worten uer die  
hiesige Fleischversorgung Lust. Während in ande-  
ren Bezirken Vofensfleisch so gut wie garnicht ver-  
teilt würde, sei uns die Zuteilung von solchen  
Fleisch noch für längere Zeit in Aussicht gestellt.  
Dagegen müßte entschieden Einspruch erhoben wer-  
den. Herr Stadtrat Jähry erklärt, daß dies schon  
von anderer Seite in die Wege geleitet worden sei.  
Lehterer wünscht auch, daß gegen den Wucher mit  
Obst energisch vorgegangen wird.

12. Genehmigung des Ortsgesetzes über die be-  
schlossene Städtevereinigung. Herr Bürgermeister  
Prahtel gibt seinem Bedauern Ausdruck, daß, nach-  
dem die Verhandlungen bereits 14 Tage währen



